



Grün gegen Rechts: Wie wirksam sind Verbote rechtsextremer Organisationen?

Vor wenigen Wochen reichte der Bundesrat einen Verbandsantrag gegen die rechtsextreme NPD beim Bundesverfassungsgericht ein. In NRW sind im Jahr 2012 vier Kameradschaften durch das Landesinnenministerium NRW verboten worden. Die „Kameradschaft Walter Spangenberg“ in Köln, die „Kameradschaft Hamm“, die „Kameradschaft Aachener Land“ und der „Nationale Widerstand Dortmund“ können nicht mehr legal auftreten, mögliche Nachfolgestrukturen sind ebenfalls verboten, und die Vereinsvermögen wurden beschlagnahmt.

Doch ob Verbote rechtsextremer Organisationen eine nachhaltige Zerschlagung von Strukturen oder aber die Herausbildung neuer gewaltbereiter Gruppierungen bewirken, ist eine der umstrittensten Fragen im Kampf gegen

GRÜN gegen Rechts



den organisierten Rechtsextremismus. Während die einen der „Normalisierung“ rechtsextremer Positionen und Aktivitäten entgegenzutreten wollen, argumentieren die anderen, dass die Köpfe der verbotenen Organisationen weiterhin aktiv sein werden.

Auf unserer Veranstaltung „Das gehört verboten!“ – Wie wirksam sind Verbote rechtsextremer Organisationen?“ am Freitag, dem 14. Februar 2014, von 13 bis 19 Uhr im Landtag wollen wir diskutieren, ob und wann Verbote

ein wirksames Mittel gegen Rechtsextremismus sein können. Anmeldungen für die Veranstaltung bitte bis zum 12. Februar 2014 per Mail an hasret.karacuban@landtag.nrw.de. Weitere Informationen gibt es auf der Seite der Fraktion: www.gruen-gegen-rechts.de



FDP-Werkstattgespräch zum Klimaschutzplan

Ist der Klimaschutzplan NRW Chance oder Risiko für den Verkehrssektor? Über diese Frage hat die FDP-Fraktion bei einem Werkstattgespräch mit mehr als 100 Teilnehmern diskutiert. Die rot-grüne Landesregierung hat mit dem Klimaschutzgesetz einen Sonderweg eingeschlagen. Bis 2050 muss der Ausstoß von Treibhausgasen in NRW um mindestens 80 Prozent verringert werden. Wie das gelingen soll, ist jedoch nicht abseh-

bar. Licht ins Dunkel kann der Klimaschutzplan bringen, der derzeit unter Beteiligung von sechs Arbeitsgruppen erarbeitet wird. Die Maßnahmenvorschläge der Arbeitsgruppe Verkehr standen im Mittelpunkt der Veranstaltung.

„Die FDP-Fraktion hat die Sinnhaftigkeit des rot-grünen Klimaschutzgesetzes von Anfang an infrage gestellt. Denn Klimaschutz ist eine globale Herausforderung, der man nicht mit einer Insellösung begegnen kann“, unterstrich Christof Rasche, Parlamentarischer Geschäftsführer und verkehrspolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion. Stefan Schreiber, Federführer Energie und Klimaschutz der IHK NRW,

Dr. Christoph Kösters, Clustermanager Logistik NRW, sowie Patrik Werner, Vorstandsmitglied des Verkehrsclubs Deutschland Landesverband NRW, lieferten Impulse für die Diskussion. Einigkeit bestand, dass alle Verkehrsträger vor großen Herausforderungen stehen, um den wachsenden Güterströmen, der steigenden Mobilität und zugleich dem Klimaschutz gerecht zu werden. „Klimaschutz ist eine Mammutaufgabe, und es bestehen viele offene Fragen. Die FDP wird den Entstehungsprozess des Klimaschutzplans konstruktiv begleiten“, erklärte Henning Höne, Sprecher für Klimaschutz der FDP-Fraktion.



Migration aus Südosteuropa – eine Chance für Deutschland

Zur Migration aus Südosteuropa befragt, äußerte ein Europa-Parlamentarier: „Deutschland will die Märkte und nicht die Menschen.“ Die Menschen verstehen sich leider nicht als Europäer, sondern als Staatsangehörige ihres Landes. Stets ging es nur darum, Märkte und Währungen anzupassen. Jetzt haben wir den Euro – aber auch „Europäer“?

Die Staatengemeinschaft wird nicht als Ganzes betrachtet, und als Europäer haben wir uns noch nicht einmal eine Verfassung gegeben. Durch eine lange Übergangsfrist zwischen EU-Erweiterung und Arbeitnehmerfreizügigkeit haben wir uns einen Teil der Probleme selbst gemacht: Hochqualifizierte Migranten wurden mit Kussband genommen, die mittel- und niedrigqualifizierten hingegen durften zwar einreisen, aber haben kaum eine Chance, eige-

nes Geld zu verdienen. Die allermeisten Rumänen und Bulgaren wollen arbeiten und haben die EU-Freizügigkeit herbeigesehnt. Dass ausgerechnet jetzt eine Debatte um „Sozialtourismus“ aufbrandet, ist unerträglich.

Ab jetzt beginnen die arbeitenden Migranten in unsere Sozialsysteme einzuzahlen, denn nicht der Zugang zu unseren Sozialsystemen ist jetzt erleichtert, sondern der Zugang zum Arbeitsmarkt. Deswegen fordern wir ein Bekenntnis zu uneingeschränkter Freizügigkeit. Seitdem die europäische Gemeinschaft nach Süden und Osten wächst, wird Armutseinwanderung beschworen, die das deutsche Sozialsystem überschwemmen würde. Nichts dergleichen ist passiert. Warum also diese Ängste? Die von vielen Politikern geschürten Befürchtungen sind in der Mittelschicht angekommen. Wer bei

den etablierten Parteien damit jetzt Stimmung macht, muss sich nicht wundern, wenn Wähler ins rechte Lager abdriften.

Deutschland braucht Migration für Wirtschaft und Sozialsysteme. Dabei sind eine gelebte Willkommenskultur in den Kommunen, Antiziganismuskampagnen und gemeinsame Feste wichtig, um Integration zu fördern. Viele Politiker vergessen, dass es schon immer Wanderungen ganzer Bevölkerungsgruppen gab. Auch Deutsche machten sich einst auf den Weg, weil sie in ihrem eigenen Land keinerlei Hoffnung sahen. Daraus sollten wir lernen und Europa leben.



PIRATEN FRAKTION
IM LANDTAG NRW